Was demokratische Institutionen vertrauenswürdig macht

Emanuela Ceva
15th May 2026

Das Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen ist in Demokratien weit verbreitet. Im Frühjahr 2025 gab etwas mehr als die Hälfte der Europäer an, der EU zu vertrauen, während weniger als vier von zehn ihrer nationalen Regierung oder ihrem Parlament vertrauten. In den Vereinigten Staaten gaben im September 2025 sogar nur noch 17 Prozent der Bevölkerung an, darauf zu vertrauen, dass die Regierung immer oder meistens das Richtige tue. Die jüngste vergleichende Synthese der OECD liefert einen entscheidenden Hinweis: Unter den Menschen, die das Gefühl haben, bei Regierungsentscheidungen mitreden zu können, ist das Vertrauen in die nationale Regierung mehr als dreimal so hoch wie unter denen, die sich ohne Mitspracherecht fühlen.

Bei diesen Dynamiken geht es nicht nur um die Wahrnehmung der Bürger:innen hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit von Institutionen im Lichte ihrer Leistung und Dienstleistungserbringung. Sie werfen auch eine weitere Frage auf: Inwieweit hängt die Vertrauenswürdigkeit von Institutionen davon ab, dass sich die Bürger:innen als Teil des institutionellen Prozesses erfahren?

Dies bedeutet, zu fragen, wie Vertrauensdynamiken in einer Demokratie konzeptionell, empirisch und normativ damit verbunden sind, dass sie als Akteure anerkannt werden, die institutionelles Handeln mitgestalten und an der Ausübung von Autorität teilhaben können, anstatt lediglich als Adressaten öffentlicher Entscheidungen und Politik zu gelten. Angesichts der zentralen Bedeutung von Beteiligung und Autorität für die demokratische Politik erfordert die Beantwortung dieser Frage eine Verlagerung des Fokus von der rein soziologischen Messung öffentlicher Wahrnehmungen hin zu einer grundlegenderen normativen Frage, die einer weiteren Theoretisierung bedarf: Was macht eine Institution in einer Weise vertrauenswürdig, die zu einer

demokratischen Regierung passt?

Institutionelle Vertrauenswürdigkeit

Vertrauenswürdige Institutionen werden oft als Institutionen beschrieben, die integer handeln, effektiv Ergebnisse liefern und hinsichtlich ihrer Regeln und Entscheidungen transparent sind. All dies ist wichtig. Doch es handelt sich dabei um allgemeine Kriterien. Sie sagen uns noch nicht, was eine vertrauenswürdige Institution in einer Demokratie angesichts der grundlegenden partizipatorischen Verpflichtungen der Demokratie konkret auszeichnet. Eine Institution mag effektiv, verfahrenstechnisch einwandfrei und sehr kommunikativ sein und dennoch nicht das Vertrauen hervorrufen, das aus demokratischer Bürgerschaft sinnvollerweise entstehen kann.

Die demokratische Verpflichtung zur „Herrschaft des Volkes“ impliziert, dass das Vertrauen der Bürger:innen in eine Demokratie nicht auf eine automatische Reaktion auf die Erbringung von Dienstleistungen reduziert werden kann und sollte. Vertrauen ist die Haltung des Bürgers; Vertrauenswürdigkeit ist die institutionelle Eigenschaft, die diese Haltung rechtfertigt.

Um dem demokratischen Ethos zu entsprechen, müssen Vertrauensbeziehungen in einer Demokratie mit einer aktiven Sichtweise von Bürgerschaft im Einklang stehen, einer Sichtweise, die bereit und entschlossen ist, an der Regierung teilzunehmen und gegenseitige Autorität auszuüben. Dementsprechend ist demokratische Vertrauenswürdigkeit nicht nur eine Frage der Einhaltung von Standards bei der Leistungserbringung oder Offenlegung durch Institutionen. Es ist auch, und das ist wichtig, eine Frage der Organisation öffentlicher Macht zwischen Amtsträgern und Bürgern.

Institutionelle Rechenschaftspflicht: Verantwortlichkeit und Ansprechbarkeit

Ein zentrales demokratisches Merkmal der Organisation öffentlicher Macht, das auf die Verpflichtungen demokratischer Bürgerschaft abgestimmt ist, ist die Rechenschaftspflicht. Rechenschaftspflicht ist für eine demokratische Regierung in mindestens zweierlei Hinsicht von Bedeutung.

Zum einen müssen demokratische Institutionen für ihr Handeln Rechenschaft ablegen. Amtsträger:innen müssen in der Lage sein, ihr Handeln zu erklären und zu rechtfertigen. Dazu gehören öffentliche Begründungen, Anhörungen, Berichtspflichten und die Überprüfung durch Kontrollgremien, aber auch interne Praktiken: Innerhalb der Institutionen müssen sie in der Lage sein, Entscheidungen untereinander zu erklären, sie einer Überprüfung zu unterziehen und sie zur Diskussion zu stellen.

Wenn diese Praktiken schwach ausgeprägt sind, verkommt Transparenz leicht zu einer blossen Veröffentlichung von Informationen ohne Begründung. Dies wiederum birgt die Gefahr, dass Transparenzvorschriften wirkungslos bleiben und daher nicht ausreichen, um jene Art von bürgerschaftlichem Engagement zu erzeugen, durch das Bürger Institutionen als vertrauenswürdig ansehen. Das demokratische Ideal verpflichtet Institutionen somit dazu, Transparenz und Dienstleistungserbringung im Rahmen aktiver und partizipativer Praktiken der Rechenschaftspflicht zu organisieren. Andernfalls, wenn diese als blosse bürokratische Abhakübungen empfunden werden, können sie keinen sinnvollen

Beitrag zur institutionellen Vertrauenswürdigkeit leisten oder das Vertrauen der Bürger:innen aufrechterhalten.

Die demokratische Ausübung öffentlicher Macht erfordert jedoch mehr als nur Erklärungen im Nachhinein. Sie erfordert zum anderen auch das, was ich als „Adressierbarkeit“ bezeichne: die Fähigkeit von Institutionen, öffentliche Macht so zu organisieren, dass Amtsträger:innen und Bürger:innen als relevante Mitgestalter behandelt werden, die gemeinsam die Richtung des institutionellen Handelns bestimmen. Dies ist von zentraler Bedeutung für das partizipative Engagement, das die Demokratie auszeichnet.

Innerhalb von Institutionen bedeutet dies, dass Amtsträger nicht als isolierte Funktionäre agieren sollten. Sie sollten sich gegenseitig als Mitgestalter des institutionellen Handelns verstehen, durch gegenseitige Kontrolle und geteilte Verantwortung für die Ausrichtung der Institution. Ausserhalb von Institutionen bedeutet dies, dass es Kanäle geben muss, über die die Anliegen der Bürger:innen aufgegriffen und umgesetzt werden können, nicht nur entgegengenommen und archiviert. Beispiele hierfür sind deliberative Foren, Kanäle für Anliegen mit Nachverfolgung und Rückkopplungsschleifen in das institutionelle Handeln.

Solche partizipativen Kanäle, die die Autorität der Bürger:innen einbeziehen, sind der Schlüssel zur Demokratie. Sie sind es auch, die das fundierte Vertrauen der Bürger:innen nähren können, weil sie es ermöglichen, dass Vertrauen die Form einer kritischen Ausübung von Mitgestaltungsrecht bei kollektiv bindenden Entscheidungen annimmt. Aus dieser Sicht reicht es nicht aus, dass Institutionen vertrauenswürdig sind und integer handeln. Die Bürger:innen müssen auch innerhalb des institutionellen Handelns als gegenseitig ansprechbare Akteure figurieren.

Institutionelles Misstrauen: Diagnose und Therapie

Diese Unterscheidung zwischen Rechenschaftspflicht und Adressierbarkeit verdeutlicht ein häufiges demokratisches Versagen. Manche Institutionen sind gut darin, sich im Nachhinein zu erklären, lassen den Bürger:innen und den Amtsträger:innen an der Basis jedoch keine sinnvolle Rolle bei der Gestaltung der institutionellen Ausrichtung. Andere vermehren partizipative Momente, bleiben aber bei Rechtfertigung, Überprüfung und Kontrolle schwach. In beiden Fällen werden die normativen Voraussetzungen für institutionelle Vertrauenswürdigkeit untergraben. Das Ergebnis ist wachsendes Misstrauen der Bürger:innen, nicht nur als Unzufriedenheit, sondern als eine Form politischer Entfremdung.

Dies hat praktische Auswirkungen auf demokratische Reformen. Wenn wir wollen, dass Institutionen Vertrauen verdienen, reicht es nicht aus, die Kommunikation zu verbessern, mehr Informationen zu veröffentlichen oder bessere Leistungsindikatoren zu fordern. Wir brauchen auch konkret partizipative institutionelle Praktiken, die Macht sowohl nach getroffenen Entscheidungen als auch vor der Festlegung der institutionellen Ausrichtung wirklich rechenschaftspflichtig machen. Solche Praktiken sind nicht nur eine Frage der institutionellen Gestaltung; sie müssen durch spezifische Schulungsprogramme gestützt werden, die auf die Entwicklung einer

demokratischen öffentlichen Ethik der Rechenschaftspflicht abzielen.

Hinweis: Dieser Beitrag beruht auf dem Referat „What Makes Democratic Institutions Trustworthy“, gehalten von Prof. Emanuela Ceva an den Aarauer Demokratietagen vom 12. und 13. März 2026.

Abbildung: unsplash.com